



BESCHLUSSBUCH

**Unterbezirksparteitag
SPD Mülheim**

28. September 2019

Beschlussübersicht

| Beschluss | | Antragsteller |
|-----------|--|--|
| B1 | Satzungsänderung | UBV |
| B2 | Grundlegende Überarbeitung der Satzung | UBV |
| B3 | Frauenförderung | Ortsverein Eppinghofen, AsF, Jusos |
| B4 | StadtRaumPflege | Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialist*innen |
| B5 | Pfandringe | Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialist*innen |
| B6 | Armutsland NRW | Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialist*innen |
| B7 | Demokratie vor Ort – Themenspeicher für das Kommunalpolitische Programm | Ortsverein Eppinghofen |
| B8 | SPD erneuern in Mülheim an der Ruhr | Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialist*innen |

Beschluss B1

Antrag: Satzungsänderung

Der Unterbezirksparteitag hat beschlossen:

Seite 1, §2 Abs. (2) füge nach „Unterbezirksvorstand“ ein: „nach Anhörung der betroffenen Ortsvereine.“

Seite 1, §3 Abs. (2neu) füge ein: „Die Ortsvereine können sich Satzungen geben, die dem Organisationsstatut der Partei, der Satzung der NRWSPD und der Satzung des Unterbezirks nicht widersprechen dürfen.“

Seite 1, §3 Abs. (4neu) streiche: „getrennten Wahlgängen“ und ersetze durch: „Listenwahl“

Seite 1, §3 Abs. (5neu) füge nach „Modellprojekts“ ein: „(2018-2020)“

Seite 1, §3 Abs. (5neu) streiche nach „Ortsvereinsvorstand“: „für den Zeitraum von 4 Jahren“

Seite 1, §3 Abs. (5neu) erster und zweiter Spiegelstrich, streiche: „in getrennten Wahlgängen oder“

Seite 2, §5 Abs. (1) streiche Nr. 2: „7 von der Betriebsgruppenkonferenz zu wählenden Delegierten,“

Ergänzung Seite 2, §3 Abs. (6neu) streiche den Absatz und ersetze durch „Der Ortsvereinsvorstand wählt aus seiner Mitte eine*n Bildungsbeauftragte*n und eine*n Mitgliederbeauftragte*n.“

Seite 3, §5 Abs. (2) streiche: „ein/e Vertreter/in der ausländischen Parteimitglieder,“

Seite 3, §5 Abs. (2) füge hinzu: „die Mitglieder im Ruhrparlament, soweit sie der SPD Mülheim an der Ruhr angehören,“

Seite 3, §5 Abs. (4) streiche: „Unterbezirksparteitage sind einzuberufen auf Beschluss[...]“ und ersetze durch:

- a) Ordentliche Unterbezirksparteitage sind einzuberufen auf Beschluss des Unterbezirksvorstandes.
- b) Außerordentliche Unterbezirksparteitag sind einzuberufen
 - auf Beschluss des Unterbezirksparteitages,
 - auf Beschluss des Unterbezirksvorstandes,
 - auf Beschluss des Unterbezirksausschusses,
 - auf Antrag von min. einem Drittel der Ortsvereine,
 - auf Antrag von min. einem Viertel der Delegierten,
 - auf Antrag von 10% der Mitglieder des Unterbezirks.

Seite 3, §5 Abs. (8) streiche: „die Betriebsgruppenkonferenz,“

Seite 4, §5 Abs (9neu) füge ein: „Personalvorschlagsrecht haben der Unterbezirksvorstand sowie die Vorstände und Mitgliederversammlungen der Ortsvereine und Arbeitsgemeinschaften.“

Seite 4, §5 Abs. (11) streiche: „Unterbezirkswahlparteitag“ und ersetze durch: „ordentlicher Unterbezirksparteitag mit Neuwahlen“

Seite 4, §5 Abs. (11) Nr. 2 streiche: „der Mitglieder des Bezirksausschusses,“

Seite 4, §5 Abs. (11) Nr. 2 streiche: „Parteitag und Konferenzen“ und ersetze durch: „beschlussfassenden Gremien“

Seite 4, §5 Abs. (12 neu) füge ein: „Die Antragskommission setzt sich zusammen aus sieben zu wählenden Mitgliedern. Näheres regelt die Richtlinie des Unterbezirksvorstandes zur Antragsberatung.“

Seite 5, §7 streiche Abs. (2): „Die Betriebsgruppen, Branchen und Standortbetriebsgruppen und Vertrauensleute innerhalb des Unterbezirks bilden eine Betriebsgruppenkonferenz. Sie setzt sich aus den Vertretern/innen der Betriebsgruppen und/oder den Betriebsvertrauensleuten zusammen. Sie erarbeitet zum Unterbezirksparteitag Sachthemen aus der Arbeitswelt und sie kann Personalvorschläge für zu besetzenden Funktionen und Mandate erarbeiten. Sie ist vor jedem Unterbezirkswahlparteitag einzuberufen.“

Seite 5, §7 streiche Abs. (3): „Die Betriebsgruppenkonferenz wird durch den Unterbezirksvorstand der Partei und den Unterbezirksvorstand der AfA gemeinsam einberufen und geleitet.“

Seite 6, §8 streiche Abs. (2): „Die Stellvertreter*innen und der*die Kassierer*in sind einzeln zu wählen.“

Seite 6, §8 streiche Abs (3neu) streiche: „eine Bildungsobfrau oder einen Bildungsobmann“ und ersetze durch: „eine*n Bildungs- und eine*n Mitgliederbeauftragte*n“

Seite 6, §8 Abs. (4neu) streiche:

„die Unterbezirksvorsitzenden der Arbeitsgemeinschaften

- für Arbeitnehmerfragen (AfA),
- der Jungsozialisten in der SPD (Juso),
- der sozialdemokratischen Frauen (AsF),
- der SPD 60plus,
- der Selbständigen (AGS),
- die Arbeitsgemeinschaft für Bildungsfragen (AfB),“

und ersetze durch: „je ein*e Vertreter*in der im Unterbezirk Mülheim an der Ruhr bestehenden Arbeitsgemeinschaften“

Seite 6, §8 Abs. (4neu) streiche: „der/die Oberbürgermeister/in und der/die Bürgermeister/in und die Bundes- und Landtagsabgeordneten, soweit sie der SPD angehören“ und ersetze durch:

- „der*die Oberbürgermeister*in und der*die Bürgermeister*innen, soweit sie der SPD Mülheim an der Ruhr angehören
- die Europa-, Bundes- und Landtagsabgeordneten, soweit sie der SPD angehören und Mülheim an der Ruhr zu ihrem Wahlkreis bzw. Betreuungsgebiet gehört,“

Seite 6, §8 Abs. (4neu) ergänze: „die Mitglieder in Vorständen überörtlicher Gremien, soweit sie der SPD Mülheim an der Ruhr angehören,“

Seite 6, §8 streiche Abs (6alt): „Beratend sollte an seinen Sitzungen ein/e Vertreter/in der ausländischen Parteimitglieder teilnehmen.“

Seite 6, §8 Abs (6neu): „Der Unterbezirksvorstand kann sich eine Geschäftsordnung geben.“

Seite 6, §8 Abs (7neu) streiche: „Der Unterbezirksvorstand und die Gliederungen bedienen sich der Geschäftsführung der Unterbezirksgeschäftsstelle.“ und ersetze durch: „Der Unterbezirksvorstand und die Gliederungen können auf die Ressourcen der Geschäftsstelle zurückgreifen. Sie werden in ihrer Arbeit durch die Geschäftsführung der Unterbezirksgeschäftsstelle unterstützt.“

Seite 7, §9 Abs. (2) erster Spiegelstrich, streiche: „die Vorsitzenden oder ein/e Vertreter/in“ und ersetze durch: „je ein*e Vertreter*in“

Seite 7, §9 Abs. (2) ersetze: „die Bundestags- und Landtagsabgeordneten,“ durch: „die Europa-, Bundestags und Landtagsabgeordneten, soweit sie der SPD angehören und Mülheim an der Ruhr zu ihrem Wahlkreis bzw. Betreuungsgebiet gehört,“

Seite 7, §9 Abs. (2) ergänze: „die Mitglieder im Ruhrparlament, soweit sie der SPD Mülheim an der Ruhr angehören,“

Seite 7, §9 Abs. (2) ergänze: „und die Bezirksbürgermeister*innen und stellv. Bezirksbürgermeister*innen, soweit sie der SPD Mülheim an der Ruhr angehören“

Seite 7, §9 Abs. (2) streiche: „ein/e Vertreter/in der ausländischen Parteimitglieder,“

Seite 8, §14 Satz 2 streiche: „Nach Ablauf der Wahlperiode scheidet der/die dienstälteste Kassenprüfer/in aus. Kassenprüfer*innen dürfen maximal dreimal wiedergewählt werden.“

Beschluss B2

Antrag: Antrag zum Arbeitsprogramm des Unterbezirksvorstandes:
Grundlegende Überarbeitung der Satzung

Der Unterbezirksparteitag hat beschlossen:

Der Unterbezirksvorstand wird beauftragt, in einem geeigneten, beteiligungsorientierten Verfahren mögliche Satzungsänderungen u. a. in folgenden Bereichen zu diskutieren und ggf. zum nächsten Parteitag einen entsprechenden Antrag zu erarbeiten: Trennung von Amt und Mandat, Ausrichtung des Unterbezirksausschusses bzw. Einbindung der Ortsvereine und Arbeitsgemeinschaften in die Arbeit des Unterbezirks, Einführung eines durch Satzung legitimierten geschäftsführenden Vorstandes.

Beschluss B3

Antrag: Frauenförderung

Der Unterbezirksparteitag hat beschlossen:

MEHR GENOSSINNEN IN VERANTWORTUNG

Wir Sozialdemokrat*innen haben uns in unserem Hamburger Grundsatzprogramm zum Ziel gesetzt, die männliche Gesellschaft zugunsten der menschlichen Gesellschaft zu überwinden.

Diesem Ziel wird die Mülheimer Sozialdemokratie, gemessen am Anteil von Genossinnen in Verantwortung in Partei, Fraktionen und Verwaltungsvorstand, nicht gerecht.

Sozialdemokraten im Verwaltungsvorstand der Stadt sind alle männlichen Geschlechts. In der Ratsfraktion sind nur zwei von 19 ordentlichen Mitgliedern Frauen (Anteil von ca. 11 %), in den Fraktionen in der BV 1 und in der BV 3 ist nur eins von fünf Mitgliedern (Anteil von 20 %) und in der BV 2 sage und schreibe kein einziges eine Frau (0 %!).

Die Selbstverpflichtung unseres Unterbezirks, sicherzustellen, dass auch Frauen zu mindestens 40 % in den Vertretungskörperschaften Mitglied sind (vgl. § 6a Abs. 2 unserer Satzung), wird nicht im Ansatz eingehalten. Ausschussvorsitze in sozialdemokratischer Hand sind rein männlich besetzt. Auch unter unseren elf Ortsvereinsvorsitzenden findet sich nur eine einzige Frau.

Das Gesamtbild, das die Sozialdemokratie in Mülheim in dieser Hinsicht abgibt, ist nicht zufriedenstellend. Es deutet auf ein strukturelles Problem hin. Im Genderranking 2017 der Böll-Stiftung belegt das politische Mülheim unter 73 deutschen Großstädten den letzten (!) Platz. Wir Sozialdemokrat*innen müssen selbstkritisch anerkennen, dass wir unseren Anteil daran tragen.

Das muss sich ändern. Wir sind überzeugt, dass die weibliche Hälfte der Bevölkerung eine angemessene Repräsentation in der Partei und den Volksvertretungen verdient. In über 155 Jahren Sozialdemokratie ist das - trotz aller großen, gerade auch sozialdemokratischen Erfolge - bisher nicht gelungen. Dabei gelingt gute sozialdemokratische Politik ganzheitlich nur aus dem Blickwinkel von Männern und Frauen.

Darum beschließt der Parteitag:

- Es ist selbstverständlich, dass satzungsrechtlich vorgeschriebene Quotenerfordernissen bei allen Wahlen einzuhalten sind. Das steht nicht zur Disposition; geschehen Fehler, darf das durch die Parteiorganisation nicht hingenommen werden, sondern muss korrigiert werden.
- In aussichtsreichen Kommunalwahlbezirken im Mülheimer Norden sollen deutlich mehr Frauen aufgestellt werden. Die SPD-Ratsfraktion in Mülheim rekrutiert sich in erster Linie aus den Direktwahlen. Daher sind vordere Listenplätze für Frauen allein nicht effektiv, um das Repräsentationsproblem zu lösen. Auch auf den Listen für die Bezirksvertretungen müssen mehr Frauen auf aussichtsreichen Plätzen aufgestellt werden. Ortsvereine und Unterbezirksvorstand sind aufgefordert, ihre Personalvorschläge auf dieses Ziel auszurichten.
- Kann ein Ortsverein mehrere Personen für Kommunalwahlbezirke nominieren, so ist er dringend aufgefordert, Vorschläge entsprechend der Geschlechterquote zu unterbreiten. Der Parteitag erinnert daran, dass die Letztentscheidung bei ihm bzw. der Vertreterversammlung liegt und dort selbstverständlich noch Korrekturen erfolgen können.
- Die Ortsvereine werden ermuntert, die Möglichkeit der Doppelspitze wahrzunehmen. So werden deutlich mehr Frauen in den Parteistrukturen sichtbar.
- Sobald der Bundesparteitag dafür die Satzungsgrundlage geschaffen hat, soll zudem im Unterbezirk die Doppelspitze eingeführt werden. Die Kandidierenden für die Doppelspitze sollen in einer basisorientierten Mitgliederbefragung nominiert werden, soweit die satzungstechnischen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind. Der Unterbezirksvorstand wird zu gegebener Zeit hierzu einen Satzungsvorschlag unterbreiten.

Wir brauchen gezielte und ernst genommene Frauenförderung. Die Behauptung, es gäbe schlicht keine geeigneten Frauen, die kandidieren möchten, ist zu häufig nur eine Schutzbehauptung und muss aufhören. Zu oft ist sie Ausdruck von Bequemlichkeit und Gleichgültigkeit gegenüber der Problematik, dass Frauen in verantwortlichen Positionen der Sozialdemokratie in Mülheim unterrepräsentiert sind.

Die Parteiorganisation – insbesondere Ortsvereinsvorsitzende und Unterbezirksvorstand – muss das Befördern von Frauen in Verantwortung endlich als ein zentrales Anliegen der Personalpolitik unserer Partei behandeln. Es müssen Frauen gezielt angesprochen und für die Übernahme von verantwortlichen Positionen ermuntert werden; wo nötig auch dort, wo sie der SPD bisher nur nahestehen, aber noch nicht Mitglied sind.

Frauenförderung darf nicht mehr unter „ferner liefen“ rangieren, sie verdient den Stellenwert als Chef*innensache. Hier ist auch die ASF als antreibender Motor gefordert.

Der Parteitag beschließt daher:

- Um die Belange der Frauen in allen Strukturen präsent zu halten, soll beim Unterbezirksvorstand eine Gleichstellungsbeauftragte benannt werden. Die Ortsvereine sind aufgefordert, bei ihren Vorständen ebenfalls Gleichstellungsbeauftragte zu benennen.
- Mit den Ortsvereinen ist durch den Unterbezirksvorstand in Absprache mit der ASF ein Konzept zur Frauenförderung zu erarbeiten, das den oben genannten Punkten gerecht wird und dessen Umsetzung und Wirkung kritisch evaluiert wird. Selbstverständlich ist bei der Erarbeitung dieses Konzepts den Stimmen der Frauen hohes Gewicht beizumessen.

SPD WEIBLICHER MACHEN –GLEICHSTELLUNGSPLAN UMSETZEN!

Der Unterbezirk wird aufgefordert, alle zwei Jahre zum Wahlparteitag einen Gleichstellungsplan in Anlehnung an den Gleichstellungsbericht auf Bundesebene zu veröffentlichen.

Mit Hilfe eines Ampelsystems werden Erfolge und Verbesserungspotenzial für die Gleichstellung in der Partei aufgezeigt. Inhalt sollen u.a. die Anzahl und der prozentuale Anteil von Frauen und Männern in Funktionen und Mandaten sein sowie die Veränderungen, d.h. aktueller Stand auf allen Ebenen vor dem 1. Bericht. Zudem sollen Initiativen und Projekte des Vorstandes aufgeführt werden, mit denen die Mitarbeit von Frauen gefördert werden.

Beschluss B4

Antrag: StadtRaumPflege

Der Unterbezirksparteitag hat beschlossen:

Die SPD Mülheim an der Ruhr fordert die SPD-Fraktionen in den Bezirksvertretungen in Mülheim an der Ruhr auf, einen Antrag zur Verschönerung der Kabelverteilerschränke in Mülheim an der Ruhr zu stellen.

Beschluss B5

Antrag: Pfandringe

Der Unterbezirksparteitag hat beschlossen:

Die SPD Mülheim an der Ruhr fordert die SPD-Fraktionen in den Bezirksvertretungen in Mülheim an der Ruhr auf, im Ausschuss für Umwelt und Energie einen Antrag zu stellen, die Verwaltung zu beauftragen, an geeigneten Standorten in den Stadtbezirken im Rahmen eines Pilotprojektes Pfandringe (maximal fünf pro Bezirk) zu installieren. Nach Abschluss der Pilotphase (ein Jahr) wird der Ausschuss für Umwelt und Energie für weitere Maßnahmen und Entscheidungen eine Einschätzung der Stadtverwaltung vorgelegt.

Beschluss B6

Antrag: Armutsland NRW

Der Unterbezirksparteitag hat beschlossen:

Der Antrag wird an den Unterbezirksvorstand / Forum Soziale Stadt überwiesen.

„Die SPD Mülheim an der Ruhr fordert die SPD-Fraktion im Bundestag auf, sich für ein Förderprogramm zur Armutsbekämpfung in Nordrhein-Westfalen einzusetzen.“

Beschluss B7

Antrag: Demokratie vor Ort – Themenspeicher für das Kommunalpolitische Programm

Der Unterbezirksparteitag hat beschlossen:

Alle schriftlichen Vorschläge zu sachpolitischen Themen, die während des Prozesses der Mitgliederbefragung um den Vorsitz der Mülheimer SPD von beiden Kandidaten eingebracht wurden, sollen bei der Erarbeitung und den Diskussionen um das Kommunalpolitische Programm für die Kommunalwahl 2020 einbezogen werden.

Beschluss B8

Antrag: SPD erneuern in Mülheim an der Ruhr

Der Unterbezirksparteitag hat beschlossen:

Nach den verlorenen Landtags- und Bundestagswahlen hat sich unsere Partei auf allen Ebenen zu einer Erneuerung verpflichtet.

Eine erneuerte SPD lässt sich hierbei in weiten Teilen auch in den bestehenden Strukturen leben. Dafür muss #SPDERNEuern in erster Linie auch eine kulturelle Veränderung in unserer Partei bedeuten. Wir brauchen eine Kultur der offenen Diskussion, des Aufstehens und Seine-Meinung-Sagens, des Sich-Einbringens. Das fängt bei jedem Genossen* und jeder Genossin* selbst an.

Dennoch lassen sich auch Strukturen und Prozesse unseres Unterbezirks im Sinne einer Erneuerung verbessern, sei es auch manchmal nur in Details. Hierzu beschließt der Parteitag das Folgende:

I. MITGLIEDERBETREUUNG

Bevor ein Mitglied selbstbewusst in unserer Partei mitarbeiten kann, benötigt es oftmals eine gewisse Hilfestellung, sich in der SPD zurechtzufinden. Häufig noch klagen nicht nur

Neumitglieder, gegenüber den Strukturen und Entscheidungsprozessen in unserer Partei überfordert zu sein.

Hier ist es Aufgabe der Mitgliederbeauftragten in unserem Unterbezirk, die nötige Hilfestellung zu geben. Darüber hinaus müssen die Mitgliederbeauftragten insgesamt dafür sorgen, dass gerade Neumitglieder sich gut in der SPD zurechtfinden. Hier tun sich heute noch Defizite auf.

Daher sind die Ortsvereine aufgefordert:

- Alle Ortsvereine sollen Mitgliederbeauftragte bestimmen. Der Posten des*der Mitgliederbeauftragten und dessen*deren Aufgaben müssen ernstgenommen werden; dazu sollte dieses Amt ausdrücklich jemanden zugewiesen werden, der oder die sich dann hauptsächlich mit der Mitgliederbetreuung befasst.
- Die Absprache zwischen den Mitgliederbeauftragten der Ortsvereine, des Unterbezirks und den Ortsvereinsvorsitzenden ist zu verbessern. Insbesondere sollen sich neue Mitgliederbeauftragte der Ortsvereine mit der oder dem OV-Vorsitzenden sowie der oder dem Mitgliederbeauftragten des Unterbezirks nach Amtsantritt treffen und über gemeinsame Vorstellungen und die Erfordernisse guter Mitgliederbetreuung austauschen.

Des Weiteren beschließt der Parteitag:

- Es wird ein Arbeitskreis der Mitgliederbeauftragten gebildet. Regelmäßig, zumindest ein- bis zweimal jährlich, müssen die Mitgliederbeauftragten unserer Ortsvereine und der oder die Mitgliederbeauftragte im Unterbezirksvorstand zu einem Arbeitskreistreffen zusammenkommen. Es sollen „best practices“ aus den Ortsvereinen zusammengetragen sowie gemeinsame Standards in der Arbeit geschaffen und gesichert werden.
- Die Einhaltung des Leitfadens „Mindeststandards bei Eintritt“ muss selbstverständlich werden. Es kann z. B. nicht sein, dass sich Mitglieder auch Monate nach ihrem Eintritt oftmals nicht in allen relevanten E-Mail-Verteilern wiederfinden oder sogar nach Jahren noch kein Parteibuch erhalten haben. Auch muss sichergestellt sein, dass sich der Ortsverein und/oder der Unterbezirk sehr zeitnah bei Neumitgliedern meldet und zur Mitarbeit konkret einlädt.

II. PARTEITAGE

1. Unterbezirksparteitage

Der Unterbezirksparteitag stellt satzungsmäßig das oberste beschlussfassende Organ der Mülheimer SPD dar. Seine Beschlüsse sind Ergebnis der Willensbildung der Sozialdemokratie in Mülheim. Seine Sitzungen sind keine bloße Pflichtübung, sondern zentraler Teil des Parteilebens. Die Delegierten sind sich ihrer besonderen Verantwortung für die Sozialdemokratie und unsere Stadt bei ihren Verhandlungen auf dem Parteitag bewusst.

Um dies alles besser zur Geltung zu bringen, beschließt der Parteitag:

- Stehen Wahlen an, so muss den Delegierten soweit möglich eine Liste der Kandidierenden im Vorfeld zugehen, um eine bessere Vorbereitung zu gewährleisten.

Bei herausgehobenen Ämtern sollen sich Kandidierende dem Parteitag auch kurz vorstellen.

- Der Punkt „Aussprache“ darf auf keiner Parteitags-Tagesordnung fehlen.
- Der Unterbezirksvorstand wird aufgefordert, eine Richtlinie zur Arbeit der Antragskommission zu erarbeiten.

Der Unterbezirksparteitag betont bei dieser Gelegenheit:

Beschlüsse des Unterbezirksparteitags sind von allen einzuhalten. Diese Selbstverständlichkeit ist eine nicht relativierbare Säule der Ordnung unserer Partei und der sozialdemokratischen Bewegung insgesamt. Wo diese Pflicht nicht rechtlich besteht, da besteht sie politisch. Wo Parteitagsbeschlüsse zur Makulatur werden, droht die Degradierung der Parteibasis zu bloßen Plakatehänger*innen im Wahlkampf. Das darf die Partei als Mittlerin zwischen Bevölkerung und Regierungsorganen nicht akzeptieren.

Daher beschließt der Parteitag:

- Über die Umsetzung von Parteitagsbeschlüssen muss es Rechenschaft gegenüber dem Parteitag geben. Dafür müssen die Adressat*innen eines Parteitagsbeschlusses – seien es der Unterbezirksvorstand, die Fraktionen oder andere Stellen – den Parteitag über die Umsetzung von Beschlüssen in regelmäßigen Abständen informieren, Erfolge hierbei verkünden, Verzögerungen begründen und Misserfolge erläutern. Hierbei ist Gelegenheit zur Aussprache zu geben. Der Parteitag weist darauf hin, dass dies im Einklang mit der Spruchpraxis der Bundesschiedskommission steht (vgl. Az. 4/1996/P, S. 8 f.).

Des Weiteren wird beschlossen:

- Die zentrale Veröffentlichung der Beschlussbücher im Internet (<https://www.spdmh.de/beschluesse/>) muss weiter und konsequent gepflegt werden.

Der Parteitag ermuntert alle Antragsberechtigten, zur Belebung der politischen Diskussion in unserer Partei von ihrem Antragsrecht Gebrauch zu machen.

2. Delegierte auf überörtlichen Parteitag

Willensbildung vollzieht sich in unserer SPD von unten nach oben. Doch damit das Basismitglied weiß, wen es bei Delegiertenwahlen wählen und ggf. auch nicht (mehr) wählen soll, um seine persönlichen politischen Vorstellungen optimal in den Entscheidungsprozess einfließen zu sehen, braucht es ein gewisses Maß an Transparenz, Öffentlichkeit und Nähe zu den gewählten Delegierten. Das ist bei den Delegierten unserer Ortsvereine und Arbeitsgemeinschaften auf dem Unterbezirksparteitag noch ziemlich unproblematisch, bei überörtlichen Parteitag kriegt man aber das Verhalten seiner Delegierten im Regelfall nicht mehr ausreichend mit, um sich ein Urteil über deren Arbeit bilden zu können.

Um dem zu begegnen hat der Unterbezirksvorstand parteiöffentliche Delegiertenvorbesprechungen eingeführt.

Dennoch bleibt Raum für Verbesserungen:

- Delegiertenvorbesprechungen sind konsequent durchzuführen. Der Parteitag erwartet von allen Delegierten, dass diese an den Vorbesprechungen teilnehmen oder sich bei Verhinderung entschuldigen.
- Die Berichte der Delegierten von überörtlichen Parteiversammlungen werden zum ordentlichen Tagesordnungspunkt auf dem zeitlich nachfolgenden Unterbezirksausschuss.

III. Veranstaltungen

Eine erfolgreiche Parteiveranstaltung lebt davon, dass sie im Vorhinein ausreichend kommuniziert wird. Unter anderem dafür gibt es auch auf der Webseite unseres Unterbezirks einen Veranstaltungskalender (<https://www.spdmh.de/termine/>). Dieser ist aber leider nicht immer vollständig und zuverlässig.

Daher beschließt der Parteitag:

- Alle Ebenen des Unterbezirks müssen sich bemühen, alle relevanten Veranstaltungen an die Geschäftsstelle zur Eintragung in den Kalender rechtzeitig zu melden und vor allem Terminänderungen und auch Terminabsagen rechtzeitig zu kommunizieren. Es geht nicht, dass interessierte Genoss*innen vor verschlossener Türe stehen, wo eigentlich eine Veranstaltung angekündigt ist.
- Der aktuelle Veranstaltungskalender ist in der Geschäftsstelle auszuhängen. Nicht alle Genoss*innen verfügen über eine Möglichkeit sich im Internet oder über E-Mail zu informieren, sie sind aber genauso am Parteileben zu beteiligen.

Des Weiteren beschließt der Parteitag:

- Es ist sicherzustellen, dass, falls bei Veranstaltungen ein Caterer bestellt wird, dieser auch eine vegetarische Mahlzeit und wenigstens ein fleischhaltiges Gericht vorhält, das ohne Schweinefleisch auskommt. Zudem sind vegetarische und schweinefleischlose Gerichte deutlich als solche zu markieren. Bedeutende Bevölkerungsgruppen verzichten aus unterschiedlichen Gründen auf (Schweine-) Fleisch, sie sollen sich auf unseren Veranstaltungen nicht unwillkommen fühlen.
- Gibt es bei Veranstaltungen eine Podiumsdiskussion o. Ä., ist sich dringend darum zu bemühen, darauf zu achten, Frauen als Rednerinnen hierfür einzuladen. Nur so wird die Vielfalt in der Diskussion sichergestellt.
- Unterbezirksvorstand und Fraktion werden aufgefordert, ein Konzept für die Ausgestaltung des SPD-Neujahrsempfang vorzulegen.
- Bildungsveranstaltungen müssen zum regelmäßigen Teil unseres Parteilebens werden und von dem oder der Bildungsbeauftragten angemessen kommuniziert werden.

IV. UNSERE POLITISCHE ARBEIT

Auch bei der Erneuerung von Arbeitsabläufen in der Partei ist zu bedenken, dass die Menschen keine SPD benötigen, die sich zuvorderst mit sich selbst beschäftigt, die nur in einem engen SPD-Kosmos stattfindet. Was gebraucht ist, ist eine SPD, die selbstbewusst und in die Öffentlichkeit gerichtet linke Politik macht, die unsere Welt freier, gerechter und solidarischer, eben lebenswerter macht – in Mülheim und darüber hinaus.

1. Arbeitsgemeinschaften und Ortsvereine

Arbeitsgemeinschaften und Ortsvereine müssen deswegen konstruktiv arbeiten und dürfen nicht zu reinen Debattierclubs verkommen. Politische Arbeit muss wenigstens langfristig

zumindest mit dem Aufstellen von Forderungen enden. Sonst geschieht sie in Wahrheit nur zum Schein. Olof Palme gab uns mit: Politik heißt, etwas zu wollen. Das klappt in Mülheim schon vielerorts gut. Es gibt Arbeitsgemeinschaften und Ortsvereine, die sich regelmäßig zu inhaltlichen Veranstaltungen treffen und einen solchen konkreten politischen Output erarbeiten.

Anderswo tut sich zuweilen der Eindruck auf, dass gewisse Parteistrukturen keine inhaltliche Arbeit mehr verfolgen, sondern im Wesentlichen nur noch aus Pflichtschuldigkeit aufrechterhalten werden. Jeder Vorstand soll sich selbstkritisch fragen, ob das auf ihn zutrifft.

Um dies zu ändern regt der Parteitag an:

- Zu Beginn der Wahlzeit eines AG- oder OV-Vorstands soll dieser ein Arbeitsprogramm aufstellen. Es geht hierbei nicht darum, sich unerreichbaren Utopien zu verschreiben, sondern sich mit einer gewissen Selbstverpflichtung auf einen Grund-Fahrplan für die kommende inhaltliche Arbeit zu einigen.

2. Unser Wirken in der Öffentlichkeit

Gutes tun und drüber reden – die Grundlage guter Öffentlichkeitsarbeit ist eingängig. Die SPD und ihre Mandats- und Verantwortungsträger*innen müssen von den Mülheimer*innen als echte Ansprechpartner*innen erkannt werden.

Dafür beschließt der Parteitag:

- Es sollen öffentliche Bürgersprechstunden angeboten werden. Auch wenn diese faktisch wenig Zulauf haben sollten, ist es schon von Vorteil, wenn Bürger*innen allein die Einladung in der Zeitung u. ä. wahrnehmen.
- Die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit muss von Partei und Fraktionen gepflegt und insbesondere aktuell gehalten werden. Dies gilt auch für Arbeitsgemeinschaften und Ortsvereine. Die Partei muss auch überörtliche Themen in ihre Pressearbeit aufnehmen. Es kann z.B. nicht sein, dass sich die örtliche CDU in der Presse unwidersprochen für sozialpolitische Erfolge der SPD im Bund feiert.
- Verantwortungsträger*innen in den Fraktionen und in der Parteiführung des Unterbezirks sind die Aushängeschilder der SPD. Mit ihnen müssen wir auf relevanten gesellschaftlichen Veranstaltungen in der Stadt vertreten sein, sonst fällt ihr Fehlen negativ auf. Das sind etwa neben Schützen- und Straßenfesten, Karnevalssitzungen und Gedenkveranstaltungen auch politische Demonstrationen, etwa gegen Rechtsradikale.
- Unsere Auftritte in sozialen Netzwerken wirken häufig etwas steif und altbacken. Mit Facebook-Kacheln und anderen Maßnahmen sollen sie auf den Stand der Zeit gebracht werden. Dabei kann auf vorhandenes Know-How innerhalb unserer Partei, gerade auch bei den Jusos, zurückgegriffen werden. Basic-Workshops für Administrator*innen von unseren Facebook-Seiten sollen zudem regelmäßig Teil unseres Bildungsangebots sein.

V. VEREINBARKEIT VON PARTEI UND FAMILIE

Wir in der SPD setzen uns für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ein. Nichts anderes darf für die Vereinbarkeit von Parteilarbeit und Familie gelten. Auch hier tut sich noch Verbesserungsbedarf auf.

Der Parteitag beschließt daher:

- Der Beschluss des Unterbezirksparteitags vom 21. Oktober 2017 muss konsequent umgesetzt werden, sodass der Unterbezirk stets bei seinen Parteitagen Kinderbetreuung anbietet.
- Der Parteitag fordert den Unterbezirksvorstand auf, ein Konzept zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie & Parteilarbeit vorzulegen, welches auch die Möglichkeiten der Kinderbetreuung bei Parteiveranstaltungen berücksichtigt.

Der Unterbezirksvorstand ist beauftragt, dem Parteitag und dem Unterbezirksausschuss über die Umsetzung dieses gesamten Beschlusses laufend Bericht zu erstatten.